

Ein ewiges Hin und Her: Widerstand gegen Vertreibung durch "Entwicklung" im Bewässerungsprojekt Office du Niger, Mali

Bendix, Daniel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bendix, D. (2019). Ein ewiges Hin und Her: Widerstand gegen Vertreibung durch "Entwicklung" im Bewässerungsprojekt Office du Niger, Mali. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 39(2), 264-291. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i2.07>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Daniel Bendix

Ein ewiges Hin und Her Widerstand gegen Vertreibung durch „Entwicklung“ im Bewässerungsprojekt Office du Niger, Mali*

Keywords: land grabbing, development-induced displacement, resistance, transnational activism, Mali, Office du Niger, Afrique-Europe-Interact, African Development Bank, BMZ

Schlagwörter: landgrabbing, Vertreibung durch Entwicklung, Widerstand, transnationaler Aktivismus, Mali, Office du Niger, Afrique-Europe-Interact, Afrikanische Entwicklungsbank, BMZ

Historischer Hintergrund und theoretischer Zugang

Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte die französische Kolonialadministration die Idee, den Niger zur Bewässerung eines riesigen Gebiets in der Sahelzone zu nutzen. Baumwollanbau sollte die heimische Textilindustrie sanieren, Reisanbau die Versorgung der kolonisierten Gesellschaften Westafrikas sicherstellen. Nach der Gründung der Verwaltungsbehörde *Office du Niger* (OdN) und des gleichnamigen Bewässerungsprojekts in den 1930er Jahren wurden Menschen aus ganz „Französisch-Sudan“ (heute Mali) in die entsprechende Region zwangsumgesiedelt, um das Land zu bewirtschaften. Die koloniale Geschichte des Projekts ist gekennzeichnet durch Vertreibung von Menschen in die ebenfalls gleichnamige Region des OdN zum Zwecke kapitalistischer Fertigung in der Metropole Frankreich. Die kolonialen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen der Kolonialmacht Frankreich und den zur Arbeit gezwungenen Bewohner*innen von „Französisch-Sudan“ finden heute ihre Fortführung in der Beziehung zwischen malischen Verwaltungs- und Wirtschaftseliten und der Landbevölkerung in der ebenfalls

* Vielen Dank an die Mitglieder von *Afrique-Europe-Interact* für die vielen Einsichten, Übersetzungen und die umfassende Unterstützung. Weiterhin bin ich Olaf Bernau, den zwei Gutachter*innen sowie der Redaktion der *PERIPHERIE* für die hilfreichen Rückmeldungen zur ersten Version des Artikels dankbar. Mein Dank gilt weiterhin dem *International Center for Development and Decent Work* (ICDD) der Universität Kassel für die finanzielle Unterstützung meiner Forschung.

Office du Niger genannten Region (Coulibaly 2015). Hier geht es mir um heutige Strategien des Widerstands von Kleinbauern und -bäuerinnen gegen Vertreibung durch *landgrabbing* (Hoering 2011) in diesem fast hundert Jahre alten Entwicklungsprojekt.

Langanhaltender Widerstand gegen inländisches Unternehmen

Im Zentrum steht der Fall des größten malischen Unternehmers, Modibo Keïta. Dieser hat für das Unternehmen *Complexe Agropastoral et Industriel* (CAI), das Teil seiner *Groupe de Sociétés Moulin Moderne du Mali* ist, 2010 einen Pachtvertrag über 20.000 Hektar Land im Arrondissement Sansanding (heute Sana) von der Behörde OdN erhalten. Im Anschluss und damit verbunden hat er eine Fabrik – *Moulin Moderne du Mali* – in Ségou, der Hauptstadt der Region, bauen lassen. Sie dient der industriellen Verarbeitung der auf dem Pachtland angebauten Nahrungsmittel. Das Projekt *Moulin Moderne du Mali* wurde u.a. von der Afrikanischen Entwicklungsbank (*African Development Bank* – AfDB) und damit auch mit Geldern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert. Seit 2010 wehren sich einige betroffene Dörfer gegen den Land- und damit Einkommens- bzw. Subsistenzverlust in Zusammenarbeit mit Aktivist*innen aus Mali, den USA und Europa.

Das Spezifische an diesem Fall ist erstens, dass es sich bei dem Unternehmer, der sich den Boden der Kleinbäuerinnen und -bauern angeeignet hat, um einen Malier handelt, der explizit Grundnahrungsmittel für den Konsum in Mali produziert. Er hat sowohl die Landpacht vom malischen Staat als auch den Kredit von der AfDB unter dieser Bedingung erhalten. Ein beträchtlicher Teil der Literatur zu *landgrabbing* und Vertreibung durch Entwicklungsprojekte beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Agrar- und Infrastrukturprojekten von Staaten oder transnationalen Unternehmen.¹ Zudem wurde in den Debatten nach der Nahrungsmittel- und Finanzkrise 2009/2010 vor allem der Anbau von Nahrungsmitteln bzw. Agrartreibstoffen für den Export kritisiert. In dem hier untersuchten Fall haben wir es mit einem Agrarprojekt zu tun, das aus einer Perspektive, die der Produktion für den Weltmarkt im Kontext neoliberaler Globalisierung kritisch gegenübersteht, positiv eingeschätzt werden könnte. Die Tatsache, dass der Unternehmer Modibo Keïta in Mali sehr gut verankert und vernetzt ist, hat zudem Auswirkungen auf die Möglichkeiten des Widerstands gegen seine wirtschaftlichen Aktivitäten.

1 Dwivedi 2002; Engels & Dietz 2011; Prause 2015; Boone 2015.

Zweitens ist an diesem Fall bedeutsam, dass der kleinbäuerliche Widerstand seit fast einem Jahrzehnt anhält, vor allem in den zwei betroffenen Dörfern Sanamadougou und Sahou (S&S). Die Bevölkerung der betroffenen Dörfer hat das Land, das sie zuvor landwirtschaftlich nutzte, bereits 2010 verloren, die Dörfer existieren aber weiter und viele Bewohner*innen versuchen weiterhin, ihr verlorenes Land zurückzubekommen. Allerdings mussten etliche die Gegend wegen des Landverlustes über die Jahre verlassen. Insofern kann man von einem Fall langsamer „sekundärer“ oder „indirekter“ Vertreibung sprechen (Gellert & Lynch 2003). Die Untersuchungen zu diesem Fall durch international aktive NGOs wie dem *Oakland Institute* und das FIAN (*FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk*) bzw. durch Wissenschaftler*innen liegen mehrere Jahre zurück (Baxter 2011; Seufert & Hategekimana 2013; Tasgian 2014) und fielen in die Zeit, in der *landgrabbing* politisch wie wissenschaftlich international ein heiß diskutiertes Thema war. Seitdem sich der erste Staub gelegt hat, erhielt der Fall wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit.

Wissensproduktion und Aktivismus

In diesem Aufsatz gehe ich der Frage nach, was die Herausforderungen und Erfolgsbedingungen für kleinbäuerlichen Widerstand gegen *landgrabbing* und damit verbundene Vertreibung sind. Er basiert auf Forschung in Mali seit Anfang 2018. Ich habe mit über 20 beteiligten Aktivist*innen und Politiker*innen (u.a. von der *Coalition des Alternatives Africaines Dette et Développement*, der *Coordination d'Associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démunies*, *Afrique-Europe-Interact*, der Partei *Solidarité Africaine pour la Démocratie et l'Indépendance* und der *Université Mandé Bakary*) sowie mit Bewohner*innen/Aktivist*innen der betroffenen Dörfer über ihre Erfahrungen und Einschätzungen gesprochen und auch an Arbeitstreffen teilgenommen. Die Gespräche fanden auf Deutsch, Französisch und Bambara statt – die meisten auf Bambara wurden von Aktivist*innen von *Afrique-Europe-Interact* (AEI) für mich konsekutiv ins Französische übersetzt. Die Gespräche habe ich aufgenommen und auf Französisch und Deutsch transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Zudem bin ich seit über zwei Jahren bei dem transnationalen Netzwerk AEI aktiv, welches sich seit 2014 mit Menschen aus den Dörfern Sanamadougou und Sahou gegen den Verlust ihres Landes einsetzt. Mein Aktivismus hat mir überhaupt erst erlaubt, Zugang zu diesem Fall zu erhalten. Aktivist*innen von AEI waren es auch, die mir vorgeschlagen haben, dass ich mich mit dem zehnjährigen Verlauf des Kampfes von Sanamadougou und Sahou

wissenschaftlich beschäftigen sollte – etwas, zu dem vielen Aktivist*innen üblicherweise die Zeit fehlt. Diese Arbeit verstehe ich insofern als Beitrag zu den Bemühungen von Sanamadougou und Sahou, sich gegen Landverlust und die damit einhergehende Vertreibung zu wehren (Decoloniality Europe 2013). Neben Interviews und öffentlich zugänglichen Dokumenten kann ich durch meine Verbindung zu AEI auf Quellen wie unveröffentlichte Berichte der AfDB, Schreiben von AEI an das BMZ, die AfDB und malische Behörden sowie Bilder und Videos von öffentlichen Aktionen zurückgreifen.

Zunächst umreißt ich den spezifischen politischen und administrativen Kontext des Entwicklungsprojekts bzw. der Behörde *Office du Niger* sowie die Geschichte des Widerstands von S&S. In einem zweiten Schritt arbeite ich drei verschiedene Strategien der Politik von unten gegen *landgrabbing* heraus (Hall u.a. 2015) – kollektives Vorgehen, Anrufung des Staates, nationale und internationale Allianzen – und diskutiere deren Möglichkeiten und Beschränkungen. Sie werden betrachtet im Kontext mannigfaltiger Widersprüche zwischen und innerhalb der von *landgrabbing* betroffenen Dörfer (ebd.), postkolonialer staatlicher Rationalität (Randeria 2016) sowie der Kapazität, Verbündete zu mobilisieren (Borras Jr. & Franco 2013). Ich argumentiere, dass der Widerstand bis jetzt erfolglos war – d.h., das Land wurde nicht zurückgewonnen bzw. es gab keine umfängliche Kompensation –, weil erstens zwischen den Betroffenen bzw. Akteur*innen des Widerstands unterschiedliche und wandelnde Positionen bestehen und zweitens die Behörde *Office du Niger* sich wie ein „listiger“ Staat im Staat verhält. Der Widerstand ist hingegen in dem Sinne erfolgreich, als er bis heute anhält, was vor allem im Zusammenhang steht mit transnationalem Agieren und mit dem Versuch, „Geber“ zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Office du Niger und der Fall Sanamadougou und Sahou

80 Prozent der Bevölkerung Malis ist in der Landwirtschaft tätig (Inter-réseaux Développement Rural 2018: 2). Über 800.000 Haushalte kultivieren im Durchschnitt jeweils 4,7 Hektar, wobei ein Drittel davon weniger als einen Hektar zur Verfügung hat. Dem gegenüber hat die Regierung Malis große Landverträge mit Investoren abgeschlossen, zum Nachteil kleinbäuerlicher Landwirtschaft. So hielt das Oakland Institute beispielsweise 2011 fest, dass das Land, das von 22 Investoren bebaut wird und einige Tausend Arbeitskräfte beschäftigt, „leicht 112.537 Bauernfamilien, deutlich über eine halbe Mio. Menschen (686.478) versorgen könnte“² (Oakland Institute 2011).

2 Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen von mir.

Die Region Office du Niger gilt als „Reiskammer“ Malis (Inter-réseaux Développement rural 2018: 6). Sie umfasst nach Schätzungen 420.000 Einwohner*innen auf einer weitgehend unerschlossenen Fläche von ca. 2,8 Mio. Hektar (Seufert & Hategekimana 2013: 15). Von diesen sind ca. 1,5 Mio. Hektar potentiell landwirtschaftlich erschließbar. Die französische Kolonialadministration setzte sich zum Ziel, 1 Mio. Hektar innerhalb von einem halben Jahrhundert an das Bewässerungssystem anzuschließen. Heute sind nur etwas über 120.000 Hektar bewässert und werden für den Reis-, Zuckerrohr- und Gemüseanbau genutzt (Inter-réseaux Développement rural 2018: 6; AfDB 2018: 9). Zwischen 2003 und 2012 wurden im OdN über 900.000 Hektar Acker- und Weideland an transnational operierende Banken, Investmentfonds und Konzerne verpachtet bzw. in Vorverträgen zur späteren Pacht versprochen (Bernau 2012). Bis heute kann das Projekt OdN nur mit der Finanzierung durch internationale entwicklungspolitische „Geber“ am Laufen gehalten werden.

Politik, Verwaltung und Landwirtschaft im Office du Niger

Das Entwicklungsprojekt OdN ist von den Anfängen bis heute von „exogenen Entwicklungsdoktrinen“ geprägt gewesen: vom „kolonialen Paradigma der Produktion über die Vision einer sozialistischen ländlichen Wirtschaft bis hin zu den liberalen Ansätzen der Zeit nach 1980“ (Frey 2017: 34). Nach Marc Frey (ebd.) sei es neben grundlegendem institutionellem und sozialem Wandel geprägt von Kontinuitäten bezüglich struktureller Gewalt, der Betonung von Produktivität und hierarchischen Entscheidungsprozessen zum Nachteil der Kleinbauern und -bäuerinnen. Die in der Politik der „Geber“ und der malischen Regierung sichtbare Präferenz sei nicht die Verbesserung der individuellen Lebenssituationen der Bewohner*innen des OdN, sondern der Ausbau eines agroindustriellen Großkomplexes mit dem Ziel der Steigerung des nationalen Wirtschaftswachstums und der städtischen Nahrungsmittelsicherheit. Auch die Nahrungsmittel, die vom Unternehmen *Complexe Agropastoral et Industriel* angebaut und in der Fabrik *Moulin Moderne du Mali* verarbeitet werden, sind nicht für die Versorgung der Landbevölkerung bestimmt, sondern für die für den Machterhalt der politischen Elite bedeutsameren Bewohner*innen von Bamako und anderer großer Städte.

Die Verwaltung des Entwicklungsprojekts OdN obliegt der gleichnamigen semi-autonomen Regierungsbehörde, einem „Staat im Staat“ (Interview am 24.10.2018). Diese agiert nach anderen Regeln in Bezug auf Grund- und Bodenrechte als dies im Rest Malis der Fall ist. Während Dorfchefs in Mali Teil der Landverteilungsstruktur sind, ist im OdN allein die Behörde

verantwortlich für die Verteilung von Landpachten. Land kann von der Behörde entschädigungslos konfisziert werden, wenn die Pächter*innen ihre Wasserrechnungen zu spät zahlen. Dabei spielt es keine Rolle, wie lange das Land schon von den Pächter*innen bewirtschaftet wurde oder ob die Verwaltung des OdN – wie oft der Fall – verantwortlich für den Zahlungsverzug ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der in seiner Verantwortung stehende Unterhalt des Kanalsystems unterlassen wird und die Ernte deswegen vertrocknet oder verschimmelt (Bernau 2012). Der Entzug von kleinbäuerlich bestelltem Land ist im Interesse der Behördenmitarbeiter*innen, die dieses regelmäßig entweder sich selbst oder ihrem persönlichen, wirtschaftlichen oder parteipolitischen Umfeld zusprechen (Interviews im Oktober 2018).

Ob sich die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung im Office du Niger auf lange Sicht betrachtet verbessert haben, ist umstritten und hängt davon ab, welche Indikatoren betrachtet werden. So können Kleinbauern und -bäuerinnen beispielsweise ökonomisch davon profitieren, bewässertes Land für den kommerziellen Reisanbau zur Verfügung gestellt zu bekommen. Gleichzeitig herrscht Landknappheit, auch weil trotz steigender Bevölkerungszahlen vom OdN den Familien keine zusätzlichen Ackerflächen zur Verfügung gestellt werden (Bernau 2012). Intensivere Bewirtschaftung durch kürzere Brachzeiten haben zu sinkenden Erträgen, hohe Kosten für Dünger, Wasser und Saatgut zu hohen Verschuldungsraten geführt (ebd.). Kleinbauern und -bäuerinnen leben in der ständigen Angst, dass ihnen ihre Pachtflächen entzogen werden, wenn sie Abgaben nicht rechtzeitig zahlen (Gespräche mit Mitgliedern der Bauerngewerkschaft COPON [*Collectif des Paysans de l'Office du Niger*] im Februar 2018). Entsprechend bezeichnen Bäuerinnen und Bauern sowie Aktivist*innen die Behörde des OdN als ein sie aussaugendes „Vampir“ (Interview am 25.10.2018). Aufgrund des repressiven Verwaltungssystems im OdN war diese Region auch immer von Widerstand durch zugezogene bzw. zwangsrekrutierte und alteingesessene Bäuerinnen und Bauern geprägt (Coulibaly 2015). Bereits in der Kolonialzeit gründete sich eine bäuerliche Gewerkschaft, die sich auch im anticolonialen Kampf engagierte. Zwischen 2005 und 2008 hat es einen „mittels massiver Repression erstickten Kampfzyklus gegen das Mikro-*landgrabbing* der Behörden gegeben“ (Bernau 2012).

Sanamadougou und Sahou

In der Region, in der die Dörfer Sanamadougou und Sahou liegen, existierten schon vor der französischen Kolonisierung Dörfer. Sie wurden also im Gegensatz zu denen in anderen Gegenden nicht erst im Zuge der kolonialen

(Zwangs-)Besiedlung des OdN geschaffen – die Repräsentanten der Dörfer selbst sprechen von über 800 Jahren Bewirtschaftung (Les Chefs de Village de Sana-Madougou Bamana et de Sahou 2014: 3). Das Unternehmen *Complexe Agropastoral et Industriel* hat etlichen Familien das von ihnen seit langem bestellte Land weggenommen. Nach Abschluss des Pachtvertrags mit der Behörde Office du Niger hat das Unternehmen das Land mit Unterstützung staatlicher Sicherheitskräfte in Besitz genommen. Der Landentzug ist nach den Regularien des OdN grundsätzlich erlaubt, wenn dieser in öffentlichem Interesse ist. In diesem Fall hat es nach der Afrikanischen Entwicklungsbank allerdings weder ausreichende Konsultationen und Entschädigungen der Bevölkerung noch die gesetzlich vorgeschriebene Sozialverträglichkeitsstudie gegeben (AfDB 2018: 12). Eine direkte Vertreibung der Bevölkerung fand nicht statt. Jedoch mussten aufgrund fehlender Einkommens- bzw. Subsistenzmöglichkeiten durch den Landverlust viele Menschen ihre Dörfer verlassen, so dass diese um fast die Hälfte geschrumpft und ganze Viertel verwaist sind (Interview am 21.10.2018). Entwicklungspolitik zeigt auch in diesem Fall in der Vertreibung der Bevölkerung sein „ultimatives hässliches Gesicht“ (Dwivedi 2002: 712). Der Landentzug wird sowohl von Seiten des Unternehmens als auch von Seiten der malischen Regierung und Behörden mit dem Verweis auf einen positiven Entwicklungsbeitrag des Projekts gerechtfertigt: Genannt werden „Ernährungssouveränität“, „landwirtschaftliche Stärke Malis“, „Entwicklung der Agro-Industrie“ sowie „nachhaltige und integrierte Entwicklung“ (Gouvernement du Mali u.a. 2010: 1). Die Regierung Malis evaluierte vier Jahre nach Unterzeichnung des Pachtvertrags „die Auswirkungen des Projekts auf die Ernährungssicherheit und die Entwicklung der Zone als nachweislich positiv“ (Primature – Cabinet du Premier Ministre 2014: 13).

Vielfalt von Positionen und kollektives Vorgehen

Für den Fall von Sanamadougou und Sahou sind weder Perspektiven, die von Bäuerinnen und Bauern als individuellen Nutzenmaximier*innen ausgehen, noch solche, die in diesen ein kollektives revolutionäres Subjekt sehen, erklärungskräftig für Widerstand bzw. dessen Abwesenheit. Der Zusammenhang zwischen Verlust von Land und Widerstand ist deutlich komplexer, hängt von diversen Faktoren ab und hat sich über die Jahre immer wieder gewandelt (vgl. Hall u.a. 2015: 469). Entsprechend verwende ich Kategorien wie lokale Gemeinschaft oder lokale Bevölkerung mit Vorsicht, da deren Gebrauch Gefahr läuft, „die tatsächlichen Dynamiken von Politik eher zu verdecken als zu erhellen“ (Borras Jr. & Franco 2013: 1742):

„Wenn das Schreckgespenst des Landgrabbing allerdings eins gezeigt hat, dann ist es, dass lokale Gemeinschaften sozial differenziert sind und dass folglich die Auswirkung auf und innerhalb von Gemeinschaften ebenfalls differenziert sein wird, was wiederum zu einer Anzahl verschiedener Reaktionen führt.“ (ebd.: 1724)

Spaltungen zwischen und innerhalb von Dörfern

2009 versuchte der malische Großinvestor Modibo Keïta die Dorfbewohner*innen in der Kommune Pogo im Cercle Niono zu überzeugen, ihm ihr Land für seine agroindustriellen Pläne zu übertragen (Seufert & Hategekimana 2013: 30). Nachdem diese abgelehnt hatten, trat er in dem nahe gelegenen Cercle Sibila an die Dörfer Sanamadougou Bamana, Sahou, Sanamadougou Marka und Diado heran. Die letzten beiden einigten sich mit dem Unternehmer, so dass das Dorf Diado dem *Complexe Agropastoral et Industriel* (CAI) beispielsweise 800 Hektar übertrug (Les Chefs de Village de Sana-Madougou Bamana et de Sahou 2014; Seufert & Hategekimana 2013: 30). Die Chefs der Dörfer, die nicht auf die Wünsche von Modibo Keïta eingingen, taten sich zusammen und beklagten bei diversen öffentlichen Stellen Einschüchterungsversuche durch den Unternehmer (Seufert & Hategekimana 2013: 36). In dieser ersten Phase gab es also schon eine Trennung zwischen verschiedenen Dörfern, die unterschiedlich auf die Landnahmeversuche reagierten. Zudem gab es auch innerhalb von Dörfern unterschiedliche Positionen: Sieben der 120 Haushalte von Sanamadougou Bamana ließen sich ebenfalls auf den Deal mit Modibo Keïta ein. Die Dörfer und Haushalte, die der Übereinkunft zustimmten, erhielten Geschenke wie Schälmaschinen, Motorräder, Fußbälle und T-Shirts, aber auch Alternativflächen, Geld oder Zugang zu Krediten und temporäre Jobs auf den Baustellen und Feldern (Tasgian 2014: 607). Die Afrikanische Entwicklungsbank geht davon aus, dass lediglich 18 Empfänger*innen in Sanamadougou Marka Ersatzflächen nach den Richtlinien des OdN sowie elf weitere Kompensation, deren Höhe nicht nachzuvollziehen ist, erhalten haben (AfDB 2018: 12f).

Nachdem CAI im Mai 2010 einen über 30 Jahre laufenden Pachtvertrag von 7.400 Hektar mit dem OdN abschloss (mit der Option, in einer zweiten Phase weitere 12.600 Hektar zu erhalten), begannen im Juni 2010 Angestellte des Unternehmens ohne Vorankündigung die Felder von S&S mit Bulldozern zu zerstören und zahlreiche von S&S für die Agroforstwirtschaft genutzte Bäume zu fällen. Als Bewohner*innen von S&S dagegen protestierten, kamen über einhundert Gendarmen und gingen mit Gewalt gegen sie vor. Es gab mehrere, zum Teil schwer Verletzte und ca. 40 Verhaftungen.

Die Verhafteten verbrachten mehrere Monate im Gefängnis, mindestens eine schwangere Frau erlitt aufgrund von Schlägen eine Fehlgeburt (Tasgian 2014: 607) und der Dorfchef von Sanamadougou soll an den Spätfolgen der Schläge gestorben sein (Interview am 19.10.2018). Nach anderen Angaben starben sechs Personen als Folge der Gewalt durch die Gendarmerie (Le Collectif des Chefs de village du Sana 2016a). Anschließend habe es weitere Übergriffe durch Angehörige der Gendarmerie in den Dörfern gegeben, bei denen auch Vergewaltigungen begangen wurden (AEI 2015).

Der Konflikt zwischen den Dörfern bzw. Menschen, die sich mit Modibo Keïta geeinigt haben, und denen, die sich ihm widersetzen, zieht sich bis heute hin.

„Das Review Panel hat eine Gemeinschaft vorgefunden, die tief entzweit war zwischen denen, die Kompensation angenommen haben, und denen, die sie nicht angenommen haben. Die, die Kompensation abgelehnt haben, sind er Ansicht, dass sie durch den Verlust ihres traditionell angestammten Landes und durch den Projekteingriff in ihre Gemeinschaftsrechte stark beeinträchtigt wurden. [...] Die vom Projekt Betroffenen, die Kompensation angenommen haben, wünschen sich einzig einen Abschluss der Angelegenheit. Dadurch ist der IRM [Independent Review Mechanism] der Ansicht, dass der Landkonflikt den Zusammenhalt der Gemeinschaft schwerwiegend beeinträchtigt hat.“ (AfDB 2018: 13)

Die Dorfbewohner*innen werden von CAI und den Behörden des OdN gegeneinander ausgespielt. So schreiben die Chefs von S&S in einem Brief an das Justizministerium, dass Modibo Keïta bei Besuchen von Externen diesen vorspiele, dass die Dorfbewohner*innen in der Mehrheit seinem Projekt positiv gegenüberstünden, obwohl 90 Prozent der Bewohner*innen von Sanamadougou und Sahou dagegen seien (Les Chefs de Village de Sana-Madougou Bamana et de Sahou 2014: 5). So mache er externe Besucher*innen beispielsweise glauben, dass sie nach Sanamadougou Bamana kommen und mit den dortigen Bewohner*innen sprechen, während diese sich aber in Diado befinden – also in dem Dorf, das sich mit ihm geeinigt hatte und für eine Beendigung des Widerstands ist (ebd.).

Veränderung von und Festhalten an Standpunkten

Innerhalb der Dörfer gibt es Personen, die mittlerweile für Entschädigungen und ein Ende der Konfrontation mit der Fabrik *Moulin Moderne du Mali* (M3) sind; andere wollen davon weiterhin nichts wissen, auch mit Verweis auf eine Pflicht, die sie gegenüber denen sehen, die für ihre Aktivitäten verfolgt und inhaftiert wurden. Die Gewalterfahrung im Juni 2010 bei der

Wegnahme der Felder hat vor allem die Bewohner*innen des Dorfes Sana-madougou Bamana nachhaltig beeinflusst: „Danach war klar, die lassen sich auf nichts mehr ein. Ihre Würde wurde ihnen weggenommen. Und dann wollen sie auch keinen Kompromiss mehr.“ (Interview am 19.10.2019) Die Annahme von Kompensation verstünden die Bewohner*innen von S&S als Verrat an den Verstorbenen (Interview am 27.10.2018). Auch heute bekräftigen sie: „Nichts zählt außer unser Land. Wir wollen allein unser Land, das weggenommen wurde.“ (Berater des Dorfchefs von Sahou bei Versammlung, 22.10.2018) Über die Jahre sind immer mehr Menschen aus den vom Landverlust betroffenen Dörfern weggezogen, vor allem in die Hauptstadt Bamako. Hier besteht ein in Fällen von *landgrabbing* nicht unüblicher Generationenkonflikt (vgl. Hall u.a. 2015: 482f). Mir wurde berichtet, dass die jüngeren Menschen in der Stadt teilweise dafür sind, dass ihre im Dorf verbliebenen Familienangehörigen den Kampf um die Restitution der Flächen aufgeben und Kompensation erfragen: „Die Jungen, die dann halt sagen, sie haben nichts zu sagen, die sagen, das [die Ablehnung von Kompensation] ist totaler Quatsch.“ (Interview am 21.10.2018) Als Grund für diese Position würden die Jungen angeben, dass sie befürchten, dass CAI Sahou noch deutlich mehr Land wegnehmen wird. Dabei handelt es sich um solches, das die Dorfbewohner*innen zwar zurzeit noch bestellen können, das aber auf dem von CAI als Pacht zugewiesenen Gebiet liegt.

Aktivist*innen von AEI gehen zudem davon aus, dass es auch innerhalb der Gruppe aus S&S, die die letzten Jahre besonders prominent für eine Rückgabe des Landes eingetreten ist, Veränderung von Positionen gegeben hat. So ist eine Vermutung, dass Repräsentanten von S&S, die in Bamako leben und als Reishändler tätig sind, zunächst mit Modibo Keïta verhandelt hätten, um bei dem Geschäft etwas für sich herauszuschlagen (Interview am 19.10.2018). Als sie dann die gewaltsame Vertreibung im Juni 2010 und die dramatischen Folgen für die Dörfer realisiert hätten, hätten sie sich – ggf. auch als so etwas wie eine Widergutmachung für ihre anfängliche Position – besonders intensiv im Widerstand gegen CAI und Modibo Keïta engagiert. Da Modibo Keïta auch aus der gleichen Gegend kommt, mit ihnen bekannt und früher ebenfalls ein kleiner Reishändler wie sie war, wird auch Neid auf seinen wirtschaftlichen Erfolg als möglicher Grund für die Verweigerung jeglicher Verhandlungen um beispielsweise Kompensationen statt Landrückgabe angenommen.

Dass die Betroffenen nach Jahren erfolgloser Versuche, ihr Land zurückzuerhalten, und fehlender Anzeichen dafür, dass eine Rückgabe realistischer wird, weiterhin kategorisch ablehnen, über Ersatzflächen als Kompensation

nachzudenken bzw. für diese zu kämpfen, wird von beteiligten Aktivist*innen von AEI als irrational gewertet:

„Das ist einfach suizidal, auf die Zukunft der Dörfer bezogen. Und man könnte eine Lösung finden, die den Dörfern als Dörfer den Weiterbestand ermöglicht. So wie das im Moment läuft, werden die Dörfer einfach Schritt für Schritt ausgeblutet. Und werden dann wahrscheinlich in zehn, 15 Jahren aufgegeben.“
(Interview am 21.10.2018)

Es wird angeführt, dass die Dorfbewohner*innen durch die Annahme von Kompensation sich und ihre Familien ernähren und gleichzeitig den Kampf weiterführen könnten (Interview am 27.10.2018). Hierbei ist allerdings einerseits angesichts der bisherigen Praktiken der Behörde OdN und der *Groupe de Sociétés Moulin Moderne du Mali* fraglich, ob diese Kompensation tatsächlich erfolgen würde bzw. ob sie dergestalt wäre, dass sie den Bedürfnissen der Enteigneten entspricht. Andererseits besteht bei der Aufnahme von Gesprächen über Kompensation die Gefahr, dass sich die Dorfbewohner*innen in eine Bittstellerposition begeben, die es ihnen verunmöglicht, weiterhin offensiv von *landgrabbing* zu sprechen und die Behörden des OdN bzw. Modibo Keita öffentlich zu denunzieren.

Verlust von Würde und Identität spielen allerdings eine im Vergleich zu materiellen Überlegungen ungleich größere Rolle für viele Dorfbewohner*innen. Diese „Kosten“ werden in der dominanten Diskussion um Vertreibung durch Entwicklung selten berücksichtigt (vgl. Dwivedi 2002). Auch der Behörde des OdN und Modibo Keita scheint es um mehr als materielle Fragen zu gehen, denn sie hätten den Dorfbewohner*innen auch Ersatzflächen anbieten können, ohne diese Kompensation zu nennen und damit mit dem Anstrich der endgültigen Niederlage für die Kleinbäuerinnen und -bauern zu versehen: „Die wollen die Bauern in die Knie zwingen.“ (Interview am 15.10.2018)

Öffentlicher Widerstand

Nach der Gewalterfahrung zu Beginn des *landgrabbing* hat es lange Zeit keine kollektiven, direkten Aktionen von Seiten der Dorfbewölkerung in der Region gegeben. In Bamako nahmen sie allerdings im März 2012 an einer Großdemonstration gegen *landgrabbing* teil. Erst im Mai 2015 entschlossen sie sich nach einem großen Treffen in Sahou nochmal, sich dem Unternehmenskomplex CAI/M3 physisch in den Weg zu stellen. Bei einem von AEI unterstützten Treffen von Vertreter*innen der 35 Dörfer des *Arrondissement* Sana, zu dem auch Aktivist*innen und Mitglieder der Partei Sadi aus

Bamako sowie Mitglieder der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON aus einem anderen Teil des OdN kamen. Die 300 bis 400 Personen entschlossen sich während des Treffens, einen Marsch zur Fabrik M3 durchzuführen und danach die Zufahrtsstraße für LKW mit einem Sit-In zu blockieren. Auf Bitte von Angestellten von M3 kamen unverzüglich Gendarmen aus der Stadt Ségou. Die Teilnehmer*innen des Treffens organisierten eine Woche lang jeden Tag Demonstrationen, die vor das Fabrikgelände führten. Diese wurden erst eingestellt, als Modibo Keïta zugestimmt hatte, Vertreter*innen von S&S zu einem klärenden Gespräch zu empfangen. Dies führte aber zu keiner Lösung des Konflikts: Modibo Keïta pochte auf sein Recht, das Land zu nutzen, gab aber auch an, dass er das Land räumen werde, wenn der malische Staat ihm seine Investitionen zurückzahle. Die Vertreter von S&S wollten keine Kompensation annehmen, sondern ihr Land zurück. 2016 gab es noch einmal den Versuch der Bewohner*innen von S&S, ihre verlorenen Felder zu besetzen, aber die Autoritäten in Ségou schickten sofort die Gendarmerie, um dies zu verhindern (Interview am 17.10.2018). Zudem wurden die beiden Dorfchefs und einige ihrer Berater nach Ségou bestellt und lange warten gelassen, was den Protest ausbremste. Derzeit planen Bewohner*innen aus S&S wieder eine öffentliche Aktion – einen „Tag des Volksprotestes“ – mit anschließendem „Befreiungsmarsch“ zu den verlorenen Felder (Information von Aktivist*in von AEI, 22.1.2019). Sie fühlen sich erneut ermutigt, weil im November 2018 bei dem jährlichen „Espace d’Interpellation Démocratique au Mali“, bei dem Bürger*innen die Regierung direkt ansprechen dürfen, von Jurist*innen öffentlich ausgesagt wurde, dass es im Fall von S&S Verletzungen des Gewohnheitsrechts sowie Verfahrensfehler bei der allgemeinen Entschädigung der Bauern gegeben habe (Information von Aktivist*in von AEI, 22.1.2019). Diese Bürgeranhörung kann als „politische Möglichkeitsstruktur“ für S&S verstanden werden, „sich auf öffentliche politische Auseinandersetzungen einzulassen, um in Bezug auf ihre Vertreibung zu kämpfen“ (Borras Jr. & Franco 2013: 1733).

Über die Jahre hat es in S&S viele Treffen gegeben, um sich gegen das OdN zur Wehr zu setzen. Dabei kamen mit Unterstützung von AEI die 34 anderen Dörfer im Umkreis von S&S im Arrondissement Sana zusammen, um gemeinsam Druck auf die Autoritäten auszuüben. Entscheidungen werden mittlerweile von der Versammlung der Dorfchefs in Goma getroffen, die sich solidarisch mit den Entscheidungen der Dörfer S&S verhalten (Interview am 17.10.2018). Hier wird deutlich, dass es nicht unbedingt a priori Kollektivität gab, sondern diese immer wieder über die Jahre und im stetigen Austausch entstanden ist und erarbeitet werden musste. Ohne die Kollektivität von S&S – und darin auch zwischen in die Stadt Gezogenen

und im Dorf Verbliebenen – sowie der Loyalität anderer Dörfer mit diesen beiden hätte der Widerstand nicht bis heute anhalten können.

Der listige Staat (im Staat) als Gegenspieler

Bei Analysen zu *landgrabbing* ist es der Literatur nach zu urteilen unerlässlich, sich mit der Rolle des Staates zu beschäftigen (Wolford u.a. 2013). Dabei sind die beiden permanenten widersprüchlichen Aufgaben des kapitalistischen Staates zu beachten: Kapitalakkumulation zu ermöglichen und dabei ein minimales Level an politischer Legitimität aufrechtzuerhalten. In dieser Perspektive ist der Staat im Kontext von *landgrabbing* bzw. Vertreibung durch Entwicklung „sowohl Teil des Problems als auch Teil der Lösung“ (Borras Jr. & Franco 2013: 1729f):

„Er wird auf großflächige Landgeschäfte drängen und stark drängen, und in den meisten Fällen ist sogar er es, der direkt am Landgrabbing beteiligt ist – aber gelegentliche ‚Bremsen‘ werden angelegt, wenn die Art und das Ausmaß der Akkumulations- und Enteignungsprozesse die Legitimität des Staates bedrohen.“ (ebd.: 1729f)

Gleichzeitig „operieren Staaten nie mit einer Stimme“ (Wolford u.a. 2013: 189): Im Fall der Behörde OdN haben wir es mit einer parastaatlichen Institution zu tun, mit einem „Staat im Staat“. Das bedeutet, dass die parastaatliche Behörde des OdN über Sonderrechte und -befugnisse verfügt. Kleinbauern und -bäuerinnen im OdN unterstehen im Gegensatz zum Rest von Mali besonderer Gesetzgebung in Bezug auf Landrechte.

Ungreifbare Zwangsstrukturen

Die Verwaltungs- und Rechtsstruktur des OdN wird von Aktivist*innen entsprechend einhellig als eine Fortführung der kolonialen Zwangsstruktur beschrieben. Dessen Fortführung durch die post-kolonialen Eliten wird interpretiert als „ein Komplott des schwarzen Kolonisators, der die gleiche Grund- und Bodenordnung des weißen Kolonisators genommen hat und diese gegen seine eigene Bevölkerung angewendet hat“ (Interview am 25.10.2018).

Die Nationalregierung nutzt das OdN als Struktur, in der sie Personen platzieren kann, denen sie einen Gefallen tun möchte – denn in hier lässt sich in administrativen Positionen durch Korruption ungleich mehr Geld verdienen als in anderen Teilen des Landes. Nach einem Beobachter ist dies an der Tagesordnung, auch im Fall des CAI und der M3: „Modibo [Keita]

gibt allen Geld – dem Präfekten, dem Unterpräfekten, dem Direktor des Office [du Niger], den Richtern. Er verteilt Geld in alle Richtungen.“ (Interview am 26.10.2018) Die Zentralregierung gibt oftmals an, von Vorgängen in der Behörde des OdN nichts zu wissen. Zuweilen ist dies auch der Fall, und sie werden nicht in Vorgänge eingeweiht (Interview am 26.10.2018). In der Literatur zu *landgrabbing* ist festzustellen, dass die „Spaltungen innerhalb des Staates [...] zwischen Beamten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene“ und die dadurch bestehende „Konkurrenz zwischen diesen Akteur*innen Landerwerbungen ermöglichen, aber diese Konkurrenz kann auch politischen Raum öffnen oder die Möglichkeit von Widerstand schaffen“ (Hall u.a. 2015: 476). Die Behörde des OdN lässt sich durch eine Übertragung des Konzepts des „listigen Staats“ fassen (Randeria 2016). Sie gibt sich sowohl an- als auch abwesend, je nach bestehenden Interessen. Zuweilen agiert sie als mächtiger „Vampir“, der die Bevölkerung aussaugt, zuweilen gibt sie sich machtlos, was beispielsweise die Bewirtschaftung der Kanalsysteme angeht.

Diverse Stakeholder des Widerstands gegen den Landentzug der Dörfer S&S sowie die Bewohner*innen der Dörfer selbst gehen seit Anfang an davon aus, dass Modibo Keïta sich anderes Land angeeignet hat als das, was ihm vom OdN zugesprochen wurde. Das ihm offiziell zugeteilte Land läge ca. 18 Kilometer vom tatsächlich angeeigneten Land entfernt. Hätte er die ihm dieser Interpretation zufolge zugeteilten Flächen bewirtschaften wollen, hätte das den aufwendigen und teuren Bau eines kilometerlangen Stichkanals bedeutet. Die Behörden des OdN sowie Modibo Keïta geben an, dass diese Interpretation nicht korrekt sei. Aktivist*innen von AEI hatten zwei Jahre lang, d.h. von 2014 bis 2016, die Annahme der anderen widerständigen Kräfte übernommen. Später überprüften sie es selbst über *Google Maps* und konnten ihrer Aussage nach feststellen, dass die Behörden und Modibo Keïta Recht hätten. Es habe ihrer Auffassung nach Missverständnisse gegeben, die mit den im Pachtvertrag genannten Namen der die Flächen begrenzenden Kanäle zu tun hätten (Interview am 21.10.2018). Ursächlich für solch ein Missverständnis ist, dass das OdN für die Abgrenzung der Flächen im Vertrag keine eindeutigen GPS-Daten verwendet hat, die überprüft werden könnten, sondern lediglich für Interpretation offene geographische Angaben (AEI 2015). Die Unklarheit bezüglich der Lage des Landes hat den Widerstand mehrere Jahre beschäftigt und die These der falschen Zuteilung wird bis heute als Argument ins Feld geführt, warum die Landnahme von Anfang an illegal war. Allerdings gibt es – wie erwähnt – ausreichend andere Argumente gegen die Art und Weise der Landaneignung, die den Kampf dagegen auch hätten tragen können. Fehlende Transparenz

und Nachprüfbarkeit von Maßnahmen des OdN haben hier bis heute eine unklare Situation begünstigt.

Rechtsprechung als Sackgasse

Im Februar 2012 zogen S&S mit Hilfe der Malischen Koalition gegen *landgrabbing* (*Convergence Maliienne contre les Accaparements de Terres*, CMAT)³ vor Gericht und legten eine Beschwerde ein aufgrund der Verletzung ihrer

„Gewohnheitsbodenrechte auf ihrem angestammten Land, der Nichteinhaltung der Vorgaben der Pacht durch die Gesellschaft M3 in Bezug auf die Ortsbestimmung des Landes sowie der Komplizenschaft der malischen Behörden mit deren Verhalten“ (Seufert & Hategekimana 2013: 37).

Im Dezember 2012 wurde der Prozess vom Gericht unterbrochen, mit dem Verweis auf die Anordnung der Bestellung eines Gutachters „der insbesondere zu der Frage Stellung nehmen soll, ob der von Modibo Keïta mit dem OdN abgeschlossene Pachtvertrag die Flächen der beiden Dörfer umfasst oder nicht“ (AEI 2016). Der vom Gericht bestellte Gutachter ist drei Jahre lang nicht aktiv geworden und hat dann erklärt, dass er den Auftrag nicht übernehmen wolle (ebd.). Das ist nach Ansicht von AEI wissentlich durch das OdN vonstattengegangen, das sich eigentlich dafür einsetzen müsste, rechtstaatlichen Verfahren zu folgen, aber kein Interesse an einer Klärung hat. Hier zeigt sich das OdN als einflussreich durch Untätigkeit. Gleichzeitig hatte sich der Premierminister Oumar Tatam Ly nach seiner Ernennung im September 2013 beim Gouverneur der Region Ségou über S&S informiert und ihm war mitgeteilt worden, dass ein Richter die Angelegenheit bereits zu Ungunsten von S&S entschieden hätte (Interview am 26.10.2018). Dies war eine offensichtliche Falschinformation, um mögliche Interventionen durch die Zentralregierung zu umgehen, denn das Verfahren war eben lediglich unterbrochen worden.

Danach haben S&S 2016 versucht, eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erwirken. Als sie den zuständigen Richter kontaktierten, „um die Bestellung eines neuen Gutachters zu verlangen, erfuhren sie, dass in dem betreffenden Rechtsstreit ein Richterwechsel bevorstünde und dass sich

3 Die CMAT besteht aus folgenden Organisationen: AOPP (*Association des Organisations Professionnelles Paysannes*), CAD-Mali (*Coalition des Alternatives Africaines Dettes et Développement*), CNOP-Mali (*Coordination Nationale des Organisations Paysannes du Mali*), LJDH (*Ligue pour la Justice, le Développement et les Droits de l'Homme*), UACDDDD (*Union des Associations et de Coordination d'associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démunies*).

erst der neue Richter mit der Angelegenheit befassen würde“ (AEI 2016). Im Mai 2013 hatten die Dörfer außerdem einen Antrag auf einstweilige Unterbrechung der Arbeiten bis zur Klärung des eigentlichen Gerichtsverfahrens gestellt (AEI 2015). Dieser wurde jedoch sofort „aus formalen und inhaltlichen Gründen abgelehnt“, wobei nach AEI hier unter anderem fälschlicherweise von eindeutigen GPS-Daten ausgegangen wurde. Es ist offensichtlich, dass der rechtliche Weg in dem hier untersuchten Fall nicht zielführend war, weil Verfahren immer wieder verzögert wurden und die Dorfbewohner*innen aus S&S wenig Erfahrung mit den rechtlichen Abläufen in Mali haben.

Korruption

Bestechung spielt im rechtlichen Umgang mit S&S eine große Rolle. 2013 war auf Druck von nationalen sozialen Bewegungen gegen *landgrabbing* eine Interministerielle Kommission zur Untersuchung des Falls von S&S versus Modibo Keïta ins Leben gerufen worden (siehe unten). Der Bericht, der wohl für S&S vorteilhaft war, wurde nie veröffentlicht, weil der im April 2014 ins Amt berufene Premierminister Moussa Mara davon nichts mehr wissen wollte. Dabei sei nach Auffassung eines Beraters der Regierung Geld im Spiel gewesen:

„Einige Tage nach seiner Ernennung habe ich erfahren, dass Modibo Keïta gekommen war, um den neuen Premierminister zu treffen. [...] Der Premierminister hat Modibo Keïta empfangen ohne Anwesenheit seines Beraters für ländliche Entwicklung. [...] Modibo war erfolgreich darin, ihn [den Bericht] verschwinden zu lassen.“ (Interview am 26.10.2018)

Dem Berater zufolge zeigt der Fall von S&S die Aktualität der Aussage eines Mandinka-Griots zum Ende der französischen Kolonialzeit, der anmerkte: „Wenn das Volk endgültig seine Seele verloren haben wird, wird es durch die Justiz passiert sein.“ (Interview am 26.10.2018) Bestätigt wird das in einer Rede einer Aktivistin und Bewohnerin von Sahou bei einer öffentlichen Veranstaltung: „Man denkt, dass das Gesetz in diesem Land herrscht, aber Modibo hat das Gegenteil bewiesen. Er hat öffentlich gezeigt, dass in Mali das Gesetz nur vom Geld bestimmt wird.“ (Bouba Gakou 2015) Die Korruption unter Richter*innen ist ein weit verbreitetes Phänomen in Mali. Der oberste Richter von Niono, einer großen Stadt im OdN, wurde vor ca. zwei Jahren u.a. aufgrund seiner Korruptheit von dschihadistischen Milizen entführt. Im Volksmund wird er „Zweihunderttausend“ genannt, weil man bei

ihm angeblich mit 200.000 CFA-Franc (ca. 300 €) jedes rechtliche Problem zum eigenen Vorteil regeln konnte.

Schriftverkehr und Repression

Eine Strategie von S&S und ihren Unterstützer*innen ist es seit langem, Schreiben an die Zentralregierung und das OdN zu verfassen. Gleich nach dem Landverlust schickten Repräsentant*innen von Sanamadougou und Sahou Briefe an die zuständigen Behörden. Seitdem sind Dutzende Schreiben verfasst worden. Jede schriftliche Antwort weckt bei den Repräsentanten der Dörfer große Hoffnung – vor allem auch weil sie den Inhalt erstmal nicht in Erfahrung bringen können, denn sie können selbst weder Französisch noch lesen und schreiben. In den Antworten der angeschriebenen Stellen wird allerdings oftmals lediglich formal der Eingang des Schreibens oder die Weiterleitung an eine andere staatliche Stelle bestätigt.

Jedes Mal, wenn ein neuer Premierminister sein Amt antritt, schreiben die Dörfer diesen an und bitten ihn, sich der Sache anzunehmen. Die Strategie, das Thema immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen, um Treffen mit Regierungsmitgliedern zu erreichen und insgesamt nicht locker zu lassen, ist nicht wirkungslos. Nach Aussage eines ehemaligen Beraters der Regierung habe das den Effekt, dass die Verantwortlichen „genervt sind“, weil „man das Problem nicht beisetzen kann“ (Interview am 26.10.2018). Gleichzeitig hält das permanente Hin und Her die Bewohner*innen der Dörfer beschäftigt und ermüdet diese. Und die einzige Maßnahme, die staatlicherseits in jedem Fall als Reaktion auf Briefe der Dörfer folgt, ist negativer Natur: Darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Bäuerinnen und Bauern mal wieder versuchen würden, ihre Angelegenheit neu vorzubringen, reagieren die Regierungsvertreter im OdN mit Drohungen gegenüber den Verfasser*innen der Briefe (Interview am 27.10.2018).

Wenn die Dorfbewohner*innen oder deren Unterstützer*innen aktiv werden, hat das oftmals direkte Repressionen zur Folge. 2015 gaben sie sich noch konfrontativ, wie in der Aussage des Sohnes des Dorfchefs von Sanamadougou ersichtlich:

„Ich wurde zweimal wegen dieser Sache eingesperrt – und es geht weiter. Wir sind bereit, im Gefängnis zu sterben, damit unser Land befreit wird. Wir werden niemals weichen, und er wird von uns gestoppt werden, unser Land zu nehmen.“ (Bouba Gakou 2015)

Seit einigen Jahren herrscht unter den Dorfbewohner*innen große Angst vor CAI/M3, weil die Unternehmen auf Protest umgehend damit reagieren, die Sicherheitskräfte des OdN zu mobilisieren. Bei meinem Besuch in Sahou wollten die anwesenden Vertreter*innen des Dorfes mir nicht die beschlagnahmten Felder zeigen. Sie meinten, dass CAI/M3 Sicherheitskräfte schicken würde, wenn man sie mit einem Weißen sähe (Beobachtung am 22.10.2018). CAI/M3 würde in einem solchen Fall vermuten, dass es politische Vernetzungsaktivitäten gebe. Man ging mit mir einen großen Umweg abseits der Straße und wollte sich dann auch nicht länger als möglich mit mir in der Nähe der nun von CAI bebauten Felder zeigen.

2016 drohten die Dorfbewohner*innen in einem Brief an das Ministerium für Gebietsverwaltung implizit mit einer Feldbesetzung: Die Bitte, ihre Felder bestellen zu dürfen, unterstrichen sie mit dem Verweis darauf, dass „wir daran nachdrücklich festhalten, um jeden Preis, denn unsere Not hat schon zu lange angedauert und unsere Geduld hat ihre Grenzen“ (Le Collectif des Chefs de village du Sana 2016a). Daraufhin wurden sie vom Gouverneur der Region Ségou zu einem Treffen mit dem Unterpräfekten von Sansanding eingeladen. Sie waren der Annahme, dass über ihr Anliegen gesprochen werden würde. Dies war aber nicht der Fall. Bei dem Treffen wurde von Sicherheitskräften sichergestellt, dass nur einige Dorfchefs und ihre Berater – aber keine Unterstützer*innen aus anderen Dörfern bzw. aus Bamako – Zugang erhielten (Le Collectif des Chefs de village du Sana 2016b). Der Gouverneur habe dann unter Androhung von Gefängnisstrafe zu verstehen gegeben, dass die Vertreter*innen der Dörfer nie wieder die Frage der Restitution ihrer Ländereien aufwerfen sollten (Interview am 22.10.2018). Seitdem haben sich die Dorfbewohner*innen gegen direkte, öffentliche politische Aktionen ausgesprochen und die Direktion hat sich geweigert, Repräsentant*innen der Dörfer zu empfangen, solange diese keinen Antrag auf Kompensation stellen (Interviews am 22.10.2018 und am 17.10.2018).

Akteur*innen der nationalen Regierung und Verwaltung, des OdN und der Rechtsprechung lassen Versuche der Bäuerinnen und Bauern, ihren Fall vorzubringen, immer wieder ins Leere laufen. Wenn das nicht erfolgreich ist, gehen sie mit repressiven Maßnahmen wie Drohungen oder Einsatz von Sicherheitskräften gegen die Bäuerinnen und Bauern vor. Gleichzeitig hat das unermüdliche Anrufen staatlicher Stellen dazu geführt, dass weder der privatwirtschaftliche Akteure CAI/M3 noch das OdN die Auseinandersetzung um den Fall von *landgrabbing* beenden konnten.

Nationale und internationale Allianzen

In der Literatur zu *landgrabbing* wird davon ausgegangen, dass

„Gruppen, die in der Lage sind, eine breite Einheit innerhalb und zwischen betroffenen Gemeinschaften herzustellen, einflussreiche Verbündete innerhalb und jenseits ihrer Gemeinschaften (inklusive internationaler Akteur*innen) zu rekrutieren und zu mobilisieren [...] Aussicht auf – selbst wenn nur teilweisen – Erfolg in ihrem politischen Kampf haben“ (Borras Jr. & Franco 2013: 1728).

Die Frage der Einheit und Kollektivität innerhalb und zwischen den Gemeinschaften in Sana ist – wie oben dargelegt – ambivalent zu bewerten. In diesem Abschnitt wende ich mich dem Aspekt der externen Verbündeten – auf nationaler und internationaler Ebene – zu und frage danach, welchen Einfluss die Strategie der Zusammenarbeit mit Verbündeten auf den Kampf von Sanamadougou und Sahou (S&S) gegen *landgrabbing* hatten. Die Partei Sadi war von Anfang an in Kontakt mit den Bewohner*innen von S&S (Interview 2 am 23.10.2018). Darüber hinaus hat sich auch die Malische Koalition gegen *landgrabbing* CMAT früh eingebracht. Auf Anfrage der Bewohner*innen von S&S und durch Vermittlung der CMAT hat die international renommierte NGO FIAN 2013 einen Bericht publiziert (Seufert & Hategekimana 2013: 5). Vorher hatte bereits das international tätige Oakland Institute den Fall im Länderbericht für Mali behandelt (Baxter 2011). Im Folgenden konzentriere ich mich vor allem auf die Zusammenarbeit der Dörfer mit der CMAT und AEI in Bamako und Deutschland.

Externe Unterstützung gegen postkoloniale Herrschaftsstrukturen

Zunächst haben die Berichte vom Oakland Institute und FIAN, die Beteiligung der Partei Sadi sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen der CMAT und später auch von AEI dazu geführt, dass der Fall in Mali in den Medien behandelt und im nationalen Parlament diskutiert wurde. Die spätere Arbeit von AEI hat dann auch den Effekt gehabt, dass sich das Parlament der BRD mit dem Fall beschäftigt⁴ und die AfDB ihre Vergabepaxis kritisch unter die Lupe genommen hat (AfDB 2018). Die Zusammenarbeit mit nationalen

4 Schriftliche Frage 43 des Bundestagsabgeordneten Niema Movassat vom 27.8.2014 (Bundestagsdrucksache 18/2417): <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/024/1802417.pdf>; Kleine Anfrage durch die Partei DIE LINKE an die Bundesregierung vom 26.5.2016 (Drucksache 18/8565): <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/085/1808565.pdf>, letzter Aufruf: 23.7.2019.

und internationalen Akteuren hat den Fall von S&S also zu einem national und international diskutierten gemacht.

Die meisten Bewohner*innen von S&S – und auch die Repräsentant*innen in Bamako – sprechen, schreiben und lesen die Kolonialsprache Französisch nicht. Sämtliche Kommunikation im politischen und administrativen Bereich findet allerdings auf Französisch statt. Hier wird von Aktivist*innen kritisiert, dass allein das schon ein Mittel ist, um Herrschaft auszuüben. Ganz praktisch bedeutet es, dass Briefe immer mit Hilfe von Externen verfasst und gelesen werden müssen. Das impliziert zum einen jedes Mal beträchtliche zeitliche Verzögerung, zum anderen bietet es immer wieder Anlass für Misstrauen bezüglich der Frage, ob denn wirklich in den Briefen das steht, was die Unterstützer*innen von NGOs bzw. Initiativen in Bamako angeben. Der Zugang zu Behörden und Rechtsprechung ist allerdings nicht nur aufgrund von Schriftlichkeit und der Kolonialsprache Französisch für die Dorfbewohner*innen mit Hürden verbunden. Die Verwaltung und Regierungsstellen wirken für viele Bäuerinnen und Bauern „wie ein König“ (Bernau 2012). Die Anwesenheit von Aktivist*innen aus Bamako, die oftmals formal besser gebildet sind und sich selbstsicherer im Umgang mit Behörden zeigen, aber insbesondere auch das Dabeisein von Aktivist*innen aus Deutschland bieten die Möglichkeit, Termine bei öffentlichen Stellen zu bekommen und gehört zu werden (eigene Beobachtung im Februar und Oktober 2018):

„Es gibt einen Unterschied zwischen uns – den Menschen aus der Stadt – und den Europäer*innen und den Dorfbewohner*innen. Wir sind in der Lage zu sprechen, all dem zu widersprechen, was sie [die Behörden des OdN, DB] sagen. Wir wissen, was sie wissen. [...] Wir kennen auch die Regelungen zu all dem, was im Office passiert. Wir kennen auch das Vorgehen des Office gegenüber den Dorfbewohner*innen.“ (Interview am 17.10.2018)

Das Wissen darum, dass die Dorfbewohner*innen mit anderen Akteuren vernetzt sind, hilft ihnen, sich vor physischer Gewalt und Repression zu schützen. Noch hilfreicher ist es, wenn diese Akteure bei öffentlichen Aktionen direkt vor Ort sind. Ein Aktivist, der nach der Landwegnahme 2010 als Teil der Sadi in S&S war, gibt an, der Besuch der Festgenommenen auf der Gendarmerie und der Verletzten im Krankenhaus durch Mitglieder der Partei Sadi habe die Situation entspannt (Interview am 17.10.2018). Die Sicherheitskräfte und Behörden des OdN wüssten um die Verbindungen der Menschen zum Zentralstaat und würden dann weniger repressiv handeln. Als der gleiche Aktivist beim Sit-In und den Demonstrationen 2015 anwesend war, hat er bei Ankunft der Gendarmerie direkt mit einem

Radiomoderator telefoniert, welcher ihn live in seine Sendung geschaltet hat. So wurde Gewaltanwendung durch die Gendarmerie erschwert. Seit der oben erwähnten angedrohten Feldbesetzung 2016, als die Gendarmerie sofort eingriff und der Gouverneur der Region Ségou eine klare Drohung an die protestierenden Dorfbewohner*innen aussprechen ließ, haben sich die Bewohner*innen von S&S allerdings nicht mehr getraut, sich öffentlich zu äußern. Und nach jedem Brief, den sie schreiben, ist wie oben erwähnt zu erwarten, dass sie von Seiten der Behörden des OdN oder von Vertretern der Regierung bedroht werden.

Untersuchungskommissionen, Manipulation und Spaltung

Durch die Durchführung bzw. Androhung von großen Demonstrationen und Blockaden haben nationale malische Initiativen gegen *landgrabbing* es geschafft, Untersuchungskommissionen der Regierung zu erzwingen. So wurde durch Druck der CMAT – und insbesondere ihrer Mitgliedsorganisation UACDDDD (*Coordination d'associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démunies*) – auf Geheiß des damaligen Premierministers im Frühjahr 2013 eine Interministerielle Kommission ins Leben gerufen, die den Fall prüfen sollte (Interview am 26.10.2018). Diese Kommission verlangte nach Aussage eines damaligen Beraters der Regierung in ihrem Bericht, dass Modibo Keïta die angeeigneten Felder wieder freigibt und weiteres Vordringen auf die Felder der Kleinbäuerinnen und -bauern unterlässt (Interview am 26.10.2018). Der Minister für Raumplanung und Dezentralisierung forderte den zuständigen Gouverneur von Ségou dann in einem Brief ausdrücklich auf, dem menschenrechtswidrigen Treiben von Modibo Keïta Einhalt zu gebieten (AEI 2015). Dieser erste Bericht verschwand allerdings – wie oben erwähnt – nach Intervention durch Modibo Keïta in der Schublade.

Im April 2014 wurde auf Geheiß des Premierministers eine zweite Untersuchungskommission eingesetzt, an der auch Vertreter der UACDDDD beteiligt waren. Über deren Ablauf und dessen Ergebnis gibt es widersprüchliche Aussagen. Die UACDDDD präsentiert auf ihrer Internetseite einen Bericht, in dem von einer Reise im November 2014 nach S&S berichtet wird, um den Fortschritt des Berichts vom April zu untersuchen (Primature – Cabinet du Premier Ministre 2015). Einen Bericht von der Untersuchungsreise im April haben sie allerdings nicht auf ihrer Seite und dieser ist auch nirgendwo öffentlich zu finden. UACDDDD spricht davon, dass in dem vorgeblichen Bericht von April 2014 klar die Unrechtmäßigkeit der Landnahme festgestellt wurde. Aktivist*innen von AEI haben wiederum auf ihrer Internetseite

einen Bericht einer Interministeriellen Kommission vom April 2014 veröffentlicht, der in Widerspruch zu dem von der UACDDDD erwähnten steht (Primature – Cabinet du Premier Ministre 2014). Darin heißt es, dass die Zuteilung des Landes im Rahmen des Pachtvertrags korrekt erfolgt sei und dass der Widerstand gegen CAI auf Fehlinformationen und den Aktivitäten von Unruhestiftern beruhe.

Die UACDDDD gibt an, das Netzwerk AEI habe den auf seiner Internetseite zu findenden Bericht vom April 2014 gefälscht (Interview am 25.10.2018). Für die Version von AEI spricht, dass auf seiner Internetseite tatsächlich ein eingescanntes Dokument mit Unterschriften zu finden ist, während der Bericht vom November 2014 auf der Internetseite von URCDDDDD lediglich eine Textversion ohne Unterschriften ist. Zudem ist der angebliche Bericht vom April 2014, auf den die UACDDDD verweist, nicht zu finden und ist mir auf Nachfrage auch nicht gezeigt worden. Festzustellen ist, dass sich die UACDDDD seitdem nicht mehr an konfrontativeren Aktionen im Sinne von S&S beteiligt hat und lediglich schriftlich auf die Umsetzung der in „ihrem“ Interministeriellen Bericht erscheinenden Forderungen pocht (Interview am 25.10.2018).

Mitglieder von AEI werfen Repräsentanten der UACDDDD vor, manipulativ zu handeln, indem sie einerseits als Teilnehmer der Interministeriellen Kommission das Handeln des OdN und von M3 legitimierten, gleichzeitig aber den Dorfbewohner*innen fortwährend vermittelten, diese würden ihr Land zurückbekommen können (Interview am 21.10.2018). So würden die Versuche von AEI, eine zufriedenstellende Kompensationslösung zu erreichen, immer wieder torpediert. Nach Einschätzung von Mitgliedern von AEI möchte die UACDDDD eine solche Lösung verhindern: Dass sie mit ihrem langjährigen, von internationalen Geldgebern finanzierten Aktivismus keinen Erfolg hatte und dann aber eine deutlich weniger finanzstarke Organisation wie AEI Ergebnisse erzielt, ließe die UACDDDD in schlechtem Licht erscheinen. Konkurrenz untereinander und Versuche, möglichst viel Sichtbarkeit zu erreichen, auch um an Fördergelder zu kommen, ist ein weit verbreitetes Problem unter sozialen Bewegungen und NGOs in Mali. Während es als Erfolg gewertet werden kann, dass die Regierung gezwungen wurde, Interministerielle Kommissionen zu dem Fall von S&S einzurichten, ist der Effekt bis dato eher, dass es zu Konflikten zwischen UACDDDD und AEI und dadurch auch innerhalb der Dörfer gekommen ist (wobei zu erwähnen ist, dass AEI die UACDDDD nie öffentlich kritisiert hat). Der Kampf ist insofern durch eine fehlende Zusammenarbeit der beteiligten NGOs geschwächt worden und eine Lösung bspw. in Form umfänglicher und

die Lebensgrundlage der Dorfbewohner*innen erhaltender Kompensation in weite Ferne gerückt.

Beschwerde bei „Gebern“

AEI hat sich seit 2014 etliche Male an das BMZ als Geldgeber des malischen Staates und der Afrikanischen Entwicklungsbank gewandt (AEI 2018). Mali ist stark von externen Geldern abhängig. Insbesondere das Budget für ländliche Entwicklung stammt zu zwei Dritteln bis drei Vierteln von internationalen „Gebern“ (Inter-réseaux Développement rural 2018: 2). Im OdN haben „Geber“ die Verantwortung für zentrale Bereiche wie den Unterhalt des Markala-Staudamms und der großen Kanäle faktisch übernommen (Frey 2017). Dass sich der malische Staat vor allem aus der Finanzierung des ländlichen Raums zurückzog, ist auch eine Folge der Konditionalität und Strukturanpassungspolitik der 1990er Jahre. Aufgrund der Abhängigkeit von externen Finanzierern sehen sich die Behörden des OdN nach Wahrnehmung meiner Interviewpartner*innen dazu veranlasst, sich mit dem Fall von S&S zu beschäftigen und bspw. Delegationen zu empfangen, wenn sie von westlichen Aktivist*innen Druck verspüren (Interview am 17.10.2018).

Die Öffentlichkeitsarbeit in der BRD sowie die Diskussionen im Bundestag dazu, ob Gelder aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Gestalt von Krediten über die AfDB⁵ an das Unternehmen von Modibo Keïta geflossen sind, haben Wirkung gezeigt: Die Afrikanische Entwicklungsbank hat einen *Independent Review Mechanism* (IRM) gestartet und in diesem Rahmen im Februar 2018 einen *Compliance Review Report* erstellt (AfDB 2018). Die Beschwerde an die *Compliance Review and Mediation Unit* der AfDB hat AEI 2015 im Namen der vom Projekt betroffenen Menschen aus Sanamdougou und Sahou eingereicht. Der „Compliance Review Report“ ist eine bankinterne Untersuchung mit dem Ziel zu überprüfen, ob das Management bzw. die Mitarbeiter*innen der AfDB gegen bankinterne Vorgaben verstoßen haben und ob durch die Finanzierung Menschen zu Schaden gekommen sind. Nach Aussage von deutschen Mitgliedern von AEI hätte es den Compliance Review niemals gegeben, wenn sie nicht immer wieder beim BMZ vorstellig geworden wären und dieses dann wiederum Druck auf die AfDB ausgeübt hätte (Interview am 15.10.2018).

Der Kredit an Modibo Keïta in Höhe von 16,8 Mio. € umfasst nur die Finanzierung der agro-industriellen Anlage, nicht die Landtransaktion mit der Behörde *Office du Niger*. Die entscheidende Frage, um die AfDB für ihre Kreditvergabepraxis zur Rechenschaft ziehen zu können, ist, ob ein

5 Deutschland ist mit 4,1 Prozent an der AfDB beteiligt.

Zusammenhang zwischen den gepachteten Landflächen und damit der Vertreibung der Bewohner*innen von S&S sowie dem Kredit für die Weiterverarbeitungsstätte besteht. Dies wird in dem AfDB-internen Bericht bejaht. Die AfDB sieht die Bevölkerung von S&S durch den Landkonflikt stark beschädigt (AfDB 2018: 13f). Interessanterweise weist sie auch darauf hin, dass CAI bis jetzt lediglich 2.500 der 20.000 gepachteten Hektar bewirtschaftet und den Rest ungenutzt lässt. Das ist nach den Regularien des OdN unzulässig und müsste den Verlust der Pacht nach sich ziehen. Entscheidend für den weiteren Kampf von S&S ist, dass der *Compliance Review Report* die Mitarbeiter*innen und das Management der AfDB dazu anhält, sich in dem Prozess der Kompensationsleistung zu engagieren – „so dass die Menschen, die von ihrem Land entfernt wurden, mindestens so gut gestellt sind wie vor ihrer Vertreibung“ – und CAI dazu zu drängen, den von Vertreibung betroffenen Bewohner*innen von S&S ungenutztes Land zur Bestellung zur Verfügung zu stellen (AfDB 2018: 30).

Nach Aktivist*innen von AEI ist dieser Bericht „unser starkes Schwert“ (Interview am 15.10.2018). Die AfDB wurde entsprechend in einem Brief nochmal gefragt, was bis jetzt vom Bank-Management und von Mitarbeiter*innen unternommen wurde und wie es weitergehen wird. Bei einem Treffen von AEI-Aktivist*innen bei der Behörde *Office du Niger* wurde auf den Bericht der Bank verwiesen. Um zu unterstreichen, wie verfahren der Fall ist, kam dabei heraus, dass die Behörde den Bericht noch nicht einmal erhalten hatte. Nicht auszuschließen ist natürlich, dass sie den Bericht erhalten hat und sich listig gebärt.

Fazit

Seit fast 100 Jahren sind Kleinbäuerinnen und -bauern im Entwicklungsprojekt *Office du Niger* nunmehr externen Interessen und den jeweiligen kolonialen und post-kolonialen Verwaltungsapparaten ausgeliefert. Viele Dörfer wurden umgesiedelt und Bewohner*innen vertrieben. Dass dies nicht umstandslos akzeptiert wird, zeigt der Fall von Sanamadougou und Sahu. Der Großteil der Bewohner*innen dieser Dörfer lässt sich seit zehn Jahren nicht auf einen Deal mit dem malischen Großunternehmer Modibo Keïta ein. Der Preis dafür ist hoch. Nicht nur haben Einzelne mit ihrem Leben bzw. ihrer Gesundheit bezahlt oder sind ins Gefängnis gekommen, auch ist der soziale Zusammenhalt zwischen und innerhalb von Dörfern nachhaltig geschädigt. Die Spaltungen in den Dörfern haben ihre Ursachen im Agieren des Unternehmens, aber auch in den Interessengegensätzen innerhalb der Dörfer. Die noch verbliebenen, der „indirekten“ Vertreibung standhaltenden

Bewohner*innen leben in prekären ökonomischen Verhältnissen. Auch wenn S&S ihre 2010 entzogenen Flächen bislang nicht zurückbekommen haben, war der Widerstand nach Aussage einiger Bewohner*innen von Sahou insofern erfolgreich, als dass er präventiv gegen weiteres *landgrabbing* durch Modibo Keïta gewirkt habe (Gespräch am 22.10.2018). Zurück bleiben tief gespaltene Dörfer, die es angesichts des Agierens des Unternehmers und der malischen Behörden nicht geschafft haben, interne Widersprüche zwischen denen, die auf keinen Fall Kompensation annehmen wollen und denen, die das für den einzigen gangbaren Weg halten, aufzulösen.

Der Widerstand mit dem Ziel der Restitution hat über die Jahre angehalten, obwohl nicht alle Bewohner*innen – zumal die Jüngeren, die in die Stadt gezogen sind bzw. ziehen mussten – mit der Fortführung einverstanden sind. Für die Entwicklung einer gemeinsamen Position innerhalb der sich widersetzenden Dörfer Sanamadougou und Sahou und zwischen diesen und dem Großteil der umliegenden Dörfer war unter anderem die Gewalterfahrung durch Sicherheitskräfte des Unternehmens *Complexe Agropastoral et Industriel* und Gendarmen des malischen Staates maßgeblich. Gleichzeitig haben die physische Gewalt und Repressionstaktiken des Staates bzw. der Behörde *Office du Niger* dazu geführt, dass direkte Aktionen unterlassen werden bzw. nur stattfinden können, wenn externe Unterstützer*innen aus der Hauptstadt Bamako oder dem Ausland zur Seite stehen und sich dem herrschaftlichen Gebaren des Unternehmens und malischen Staates entgegenstellen. Der Unternehmer Modibo Keïta setzt vor allem auf die Macht des Geldes, um die behördlichen und rechtlichen Beschwerdewege zu blockieren. Hier profitiert er davon, dass er politisch als größter malischer Investor gut vernetzt ist und sich mit Premierministern und Richtern direkt abspricht. Dass staatliche Akteure nicht mit einer Stimme sprechen, hat zu keinem zählbaren Erfolg für die Bewohner*innen von S&S geführt. Vielmehr lähmt ein ewiges Hin und Her die Widerstandsfähigkeit der Betroffenen und ihrer Verbündeten. Die parastaatliche Behörde *Office du Niger* verhält sich hier als listiger Staat im Staat, der sich gegenüber zentralstaatlichen Akteuren unwissend und gegenüber internationalen „Gebern“ als schwach gibt, gleichzeitig aber gegenüber den Kleinbäuerinnen und -bauern im OdN zielstrebig und mit starker Hand vorgeht.

Die Widerstandsfähigkeit von S&S wurde durch die Zusammenarbeit mit nationalen zivilgesellschaftlichen Initiativen bzw. solchen aus der Hauptstadt mit sozialem und ökonomischem Kapital gestärkt. Das Streben der UACDDDD nach sichtbarem politischem Erfolg, der ihre Stellung in Mali absichert und sich bei Geldgebern verkaufen lässt, hat diese Allianz wiederum disparat und dadurch geschwächt agieren lassen. Die Untersuchung

der Widerstandsstrategien zeigt, dass sich die Abhängigkeit des *Office du Niger* und auch des Unternehmens *Moulin Moderne du Mali* von externer Finanzierung als potentiell zielführend für den Kampf von S&S erweisen könnte. Über internationale Verbindungen zu Recherche- und Lobby-NGOs wie dem Oakland Institute und FIAN sowie zu dem sowohl in Mali als auch im „Geberland“ Deutschland verankerten transnationalen Netzwerk AEI konnte nachhaltiger Druck auf das BMZ und die Afrikanische Entwicklungsbank aufgebaut werden. Es bleibt zu sehen, ob die AfDB bzw. die Anteilseigner als direkte Finanzgeber des für *landgrabbing* verantwortlichen Unternehmens sich jenseits von internen Berichten willens und in der Lage zeigen, Rückübertragung des Nutzungsrechts des geraubten Landes oder zeitnahe umfassende Kompensation durchzusetzen. Den Erfahrungen der Aktivist*innen von AEI und Sanamadougou und Sahou nach ist Abwarten nicht zielführend: Insofern gilt es mittels öffentlichen Druckes in Mali und in der BRD, die AfDB bzw. ihren Anteilseigner BMZ zum Jagen zu tragen.

Literatur

- AfDB – African Development Bank (2018): *Compliance Review Report of the Diversification of the Activities of the Moulin Moderne du Mali (M3) Project*. Von AEI im Oktober 2018 erhalten.
- AEI – Afrique-Europe-Interact (2015): *Zusammenfassende Darstellung der Geschichte des Widerstands von Sanamadougou und Sahou*. <https://afrique-europe-interact.net/1357-0-Zusammenfassender-Text.html>, letzter Aufruf: 23.1.2019.
- AEI – Afrique-Europe-Interact (2016): *Antwort von Afrique-Europe-Interact an das BMZ*. 4.2.2016. <https://afrique-europe-interact.net/1439-0-Antwortbrief-an-BMZ.html>, letzter Aufruf: 23.1.2019.
- AEI – Afrique-Europe-Interact (2018): *Antrag auf Ersatzflächen durch die beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou im Office du Niger (Mali) // ‚Compliance Review Report‘ (RQ2016/1)*, 15.7.2018. Von AEI im August 2018 erhalten.
- Baxter, Joan (2011): *Understanding Land Investment Deals in Africa. Country Report: Mali*. Oakland, US-CA.
- Bernau, Olaf (2012): „Komplexe Realitäten. Kleinbäuerliche Landwirtschaft steht in Mali unter massivem Druck“. In: *ak – analyse & kritik*, Nr. 574, https://www.akweb.de/ak_/ak574/17.htm, letzter Aufruf: 23.1.2019.
- Boone, Catherine (2015): „Land Tenure Regimes and State Structure In Rural Africa: Implications for Forms of Resistance to Large-Scale Land Acquisitions by Outsiders“. In: *Journal of Contemporary African Studies*, Bd. 33, Nr. 2, S. 171-190 (<https://doi.org/10.1080/02589001.2015.1065576>).
- Borras Jr., Saturnino M., & Jennifer C. Franco (2013): „Global Land Grabbing and Political Reactions ‚From Below‘“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 34, Nr. 9, S. 1723-1747 (<https://doi.org/10.1080/01436597.2013.843845>).
- Bouba Gakou (2015): *Journée de réflexion sur la prise des terres de Sao et Sanamadougou dans la zone office du Niger au Mali*. <https://www.youtube.com/watch?v=9FidXnYE9p9Y&feature=youtu.be>, letzter Aufruf: 23.1.2019 (<https://doi.org/10.2307/j.ctvh8qz0p.18>).

- Coulbaly, Chéibane (2015): *Politiques agricoles et stratégies paysannes au Mali de 1910 à 2010. Mythes et réalités à l'Office du Niger*. Bamako.
- Decoloniality Europe (2013): *Charter of Decolonial Research Ethics*. <https://decolonialityeurope.wixsite.com/decoloniality/charter-of-decolonial-research-ethics>, letzter Aufruf: 11.6.2019.
- Dwivedi, Ranjit (2002): „Models and Methods in Development-Induced Displacement (Review Article)“. In: *Development and Change*, Bd. 33, Nr. 4, S. 709-732 (<https://doi.org/10.1111/1467-7660.00276>).
- Engels, Bettina, & Kristina Dietz (2011): „Land Grabbing analysieren. Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthopiens“. *PERIPHERIE*, Nr. 124, S. 399-420.
- Frey, Marc (2017): „Doctrines and Practices of Agrarian Development: The Case of the Office du Niger in Mali“. In: *Comparativ – Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung*, Bd. 27, Nr. 2, S. 15-34.
- Gellert, Paul K., & Barbara D. Lynch (2003): „Mega-Projects as Displacements“. In: *International Social Science Journal*, Bd. 55, Nr. 175, S. 15-25 (<https://doi.org/10.1111/1468-2451.5501002>).
- Gouvernement du Mali; Groupe de Sociétés Moulin Moderne du Mali & Complexe Agropastoral et Industriel (2010): *Convention particulière d'investissement dans le domaine agricole entre le gouvernement du Mali et le Groupe de sociétés Moulin Moderne du Mali et complexe agropastoral et industriel*. <http://oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/MoulinModerneConvention.pdf>, letzter Aufruf: 23.1.2019 (<https://doi.org/10.2307/j.ctvh8qz0p.18>).
- Hall, Ruth; Marc Edelman; Saturnino M. Borrás Jr.; Ian Scoones; Ben White & Wendy Wolford (2015): „Resistance, Acquiescence or Incorporation? An Introduction to Land Grabbing and Political Reactions ‚From Below‘“. In: *The Journal of Peasant Studies*, Bd. 42, Nr. 3-4, S. 467-488 (<https://doi.org/10.1080/03066150.2015.1036746>).
- Hoering, Uwe (2011): „Stichwort: Land Grabbing“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 124, S. 497-500.
- Inter-réseaux Développement rural (2018): *Coup d'œil sur l'agriculture et les politiques agricoles au Mali*. <http://www.inter-reseaux.org/publications/bulletins-de-synthese/article/bulletin-de-synthese-no28?lang=fr>, letzter Aufruf: 23.1.2019.
- Le Collectif des Chefs de village du Sana (2016a): *Accaparement programmé des terres de cultures dans le Sana: Cas de Sana-Madougou et de Sahou*, 25.7.2016. Von AEI im Oktober 2018 erhalten (<https://doi.org/10.3917/dunod.delal.2014.01.0081>).
- Le Collectif des Chefs de village du Sana (2016b): *Informations sur l'occupation illicite des terres de sanamadougou et de sahou par l'opérateur économique Modibo Keita*, 25.8.2016. Von AEI im Oktober 2018 erhalten.
- Les Chefs de Village de Sana-Madougou Bamana et de Sahou (2014): *Expropriation de nos terres de culture par le groupe G.D.C.M.*, 21.7.2014. https://afrique-europe-interact.net/files/lettre_de_sanamadougou_1.pdf, letzter Aufruf: 23.1.2019 (<https://doi.org/10.1787/aao-2014-graph26-fr>).
- Oakland Institute (2011): „Massive Land Grabs in Africa by U.S. Hedge Funds and Universities“. In: *San Francisco Bay View*. <https://sfbayview.com/2011/06/massive-land-grabs-in-africa-by-u-s-hedge-funds-and-universities/>, letzter Aufruf: 23.1.2019.
- Prause, Louisa (2015): „Wer nutzt Land ‚produktiv‘? Framing in Protesten gegen land grabbing im Senegal“. In: Engels, Bettina; Melanie Müller & Rainer Öhlschläger (Hg.) (2015): *Globale Krisen – lokale Konflikte? Soziale Bewegungen in Afrika*. Baden-Baden (<https://doi.org/10.5771/9783845263427-7>), S. 147-164 (<https://doi.org/10.5771/9783845263427-147>).
- Primature – Cabinet du Premier Ministre (2014): *Rapport de mission relatif à la saisine de la Primature par la Convergence Malienne Contre Les Accaparements Des Terres suite aux conflits fonciers à Sahou, Sanamadougou et San*. <https://afrique-europe->

- interact.net/files/lettre_de_sanamadougou_1.pdf, letzter Aufruf: 23.1.2019 (https://doi.org/10.1163/2210-7975_hrd-0035-0529).
- Primature – Cabinet du Premier Ministre (2015): *Rapport de mission sur la vérification des recommandation par la Primature et la CEMAT*. <http://www.uacdddd.org/spip.php?article87>, letzter Aufruf: 23.1.2019.
- Randeria, Shalini (2016): „Der ‚listige‘ Staat, Privatisierung öffentlicher Güter und Rechtspluralismus in Indien“. In: Ziai, Aram (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld, S. 295-316 (<https://doi.org/10.14361/9783839432310-016>).
- Seufert, Philip, & Valentin Hategekimana (2013): *Accaparement des terres et droits humains au Mali. Les cas de Sanamadougou-Saou, Sansanding et San*. <https://viacampesina.org/fr/wp-content/uploads/sites/4/2015/10/FIANmali2013.pdf>, letzter Aufruf: 23.1.2019.
- Tasgian, Astrig (2014): „The Socio-Economic Impact of Large-Scale Land Investments: The Case of Mali“. In: *Imagining Cultures of Cooperation: Universities Networking to Face the New Development Challenges*, S. 602-610, <http://www.ojs.unito.it/index.php/junco/article/download/552/427>, letzter Aufruf: 18.6.2019.
- Wolford, Wendy; Saturnino M. Borras Jr.; Ruth Hall; Ian Scoones & Ben White (2013): „Governing Global Land Deals: The Role of the State in the Rush for Land“. In: *Development and Change*, Bd. 44, Nr. 2, S. 189-210 (<https://doi.org/10.1111/dech.12017>).

Anschrift des Autors:

Daniel Bendix

daniel.bendix@thh-friedensau.de